

Der Erste Bürgermeister Kähler eröffnet am Donnerstag, 16. Januar 2025 um 19.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses die Sitzung des Marktgemeinderates.

Er begrüßt die erschienenen Damen und Herren des Marktgemeinderates, die Zuhörer, den Vertreter der Mindelheimer Zeitung und die Vertreterin vom Wochenkurier.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest; Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass die hydraulische Berechnung des Kanalnetzes zur Beantragung des Wasserrechtsbescheides für alle drei Regenüberlaufbecken wurde an den günstigsten Bieter, die Firma IB Vogg zum Bruttopreis von 36.587,15 vergeben wurde.

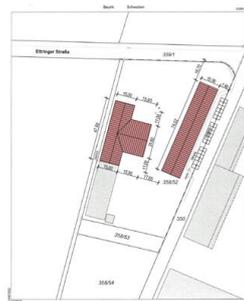
Aktuelle Entwicklungen

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass in die Container an der Hochstraße ab 20.01.2025 Asylsuchende einziehen werden. Es handelt sich um Familienverbände, die zuvor in der Notunterkunft in Wolfertsschwenden untergebracht waren.

Bereits Ende Januar 2025 sollen auch die Container östlich des Freibades belegt werden.

Genehmigungsplanung Neubau Bauhof

Auszug aus dem Liegenschaftskataster:



Der Erste Bürgermeister stellt fest, dass, wie bei der letzten Vorstellung der Planung gewünscht, Dachüberstand, Dachform und die Größe der Halle in die nun vorliegende Planung eingearbeitet wurden und auch die Vorgaben zum KfW Standard 40 beim Kopfbau umgesetzt sind.

Er begrüßt den Planer und erteilt ihm das Wort zur Vorstellung der finalen Planung, die zur Genehmigung eingereicht werden soll.

Der Planer erläutert

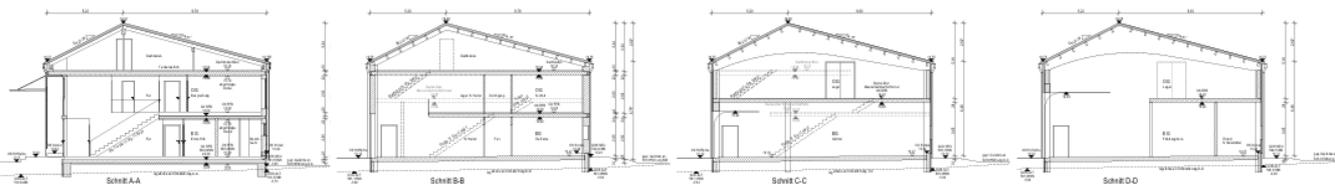
- den Übersichtsplan



➤ die Außenansichten



➤ die Schnitte



Er weist darauf hin, dass zur besseren Nutzbarkeit statt der Teildecke nun eine Decke im ganzen Bereich eingeplant ist und die Treppe entsprechend abgeändert wurde; die Waschhalle wurde um einen halben Meter verbreitert.

Der Planer informiert, dass die **Kostenschätzung**, bedingt durch die veränderte Kubatur, den Vorgaben aus KfW 40, den neuen Erkenntnissen aus Gesprächen mit den Fachplanern, den brandschutztechnischen Vorgaben sowie der Kranbahn über sechs Felder bei mittlerweile **3,4 Mio. Euro brutto** liegt im Vergleich von seinerzeit zwischen 2,8 und 3,1 Mio. Euro.

Der Planer stellt fest, dass das Bodengutachten noch fehlt.

Wortmeldungen aus den Reihen des Marktgemeinderates:

Nachfrage, ob der Dachüberstand wie diskutiert umgesetzt wurde.

Der Planer teilt mit, dass sogar ein Dachüberstand mit 40 cm eingeplant ist.

Dies wird für sinnvoll gehalten, da der bisher geplante Dachüberstand so gut wie nichts ist.

Die Marktbaumeisterin stellt fest, dass man mit der vorliegenden Planung für die nächsten fünfzig Jahre gut aufgestellt ist.

Ein Gemeinderat rät, beim Betriebsgebäude statt dem geplanten Vordach die Leimbinder der Dachkonstruktion 2,50 m rauszuziehen, da dies wesentlich günstiger ist. Zudem erhält man dadurch mehr Fläche für die PV-Anlage.

Der Planer stellt fest, dass die Leimbinder nicht nur beim Kopfbau als Vordach herausgezogen werden könnten, wobei es sich seines Erachtens gestalterisch aber nicht um die schönste Lösung handelt.

Die Dritte Bürgermeisterin ist für eine solche Lösung. Ihres Erachtens ist diese nicht nur günstig, sondern auch als Unterstellmöglichkeit praktisch.

Der Planer bejaht die Frage einer Gemeinderätin, ob die Dachform für die Installation einer PV-Anlage geeignet ist.

Der Planer informiert auf Nachfrage einer Gemeinderätin, dass der Bau des Betriebsgebäudes nach KfW 40 Standard, aber auch die niedrig beheizte Halle dem Gebäudeenergiegesetz entspricht.

Eine Gemeinderätin erkundigt sich nach der Förderung für den Bau des Betriebsgebäudes in Holz, was sie persönlich favorisiert.

Der Planer informiert, dass die Zuwendungshöhe 500 Euro je Tonne gespeichertem CO2 beträgt, wobei sich die maximale Gesamtzuwendung auf 200.000 € je Baumaßnahme beläuft.

Die Ausführung in Holz ist seines Erachtens u. a. aus Gründen des Brandschutzes nicht einfach zu händeln.

Da das Projekt -wie von der Marktbaumeisterin erwähnt- für fünfzig Jahre ausgelegt sein soll, plädiert die Dritte Bürgermeisterin dafür, das Bauwerk nachhaltig und energiesparend umzusetzen.

Der Erste Bürgermeister stellt fest, dass in den 3,4 Mio. Euro brutto nur die Kostengruppen 300 und 400 enthalten sind. Hinzu kommen dann die Kosten der Außenanlagen und der Zisterne sowie die Ausstattung der Werkstätten. Nicht eingepreist ist auch die geplante, aber später zur Ausführung kommende Kalthalle mit ca. 500.000 €.

Ein Gemeinderat hält es für sinnvoll, wenn nur beim Bürogebäude die Anforderungen für KfW 40 Standard umgesetzt werden.

Eine Gemeinderätin stellt fest, dass es vorausgesetzt war, beim Bürogebäude die Anforderungen für KfW 40 Standard zu erfüllen.

Die Marktbaumeisterin erinnert, dass in der Planerausschreibung KfW 40 vorausgesetzt wurde.

Hinsichtlich einer Bauart in Holz rät sie, davon Abstand zu nehmen, auch aufgrund der Lage des Grundstückes im Überschwemmungsgebiet der Wertach.

Der Kämmerer stellt fest, dass die Kostengruppen 500 bis 700 noch nicht enthalten und nicht beziffert sind. Inclusive der Kostengruppen 500-700 rechnet er überschlägig mit einem Kostenanfall von mindestens noch 4,5 Mio. Euro, was dann 6,5 Mio. Euro Gesamtkosten für den Bauhof bedeuten würde.

Er teilt mit, dass ursprünglich 2,5 Mio. Euro im Haushalt 2017 für die gesamte Maßnahme Grunderwerb und Neubau Bauhof eingeplant waren; im Haushalt 2022 wurde der Ansatz für den Neubau Bauhof dann auf 4 Mio. Euro und im Haushalt 2024 auf

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u>1</u> Seite <u>4</u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
				<p>5 Mio. Euro erhöht, wovon aktuell noch 3 Mio. Euro übrig sind. Er muss den Ansatz in 2025 also mindestens um weitere 1,5 Mio. Euro erhöhen.</p> <p>Der Kämmerer weist darauf hin, dass für den Neubau des Bauhofes weder ein Zuschuss noch eine Förderung zu erwarten sind und die möglichen 6,5 Mio. Euro zu 100 % vom Markt Türkheim finanziert werden müssen.</p> <p>Der Kämmerer stellt fest, dass mit Blick auf die Arbeitsbedingungen der Bauhofmitarbeiter und den Zustand des alten Bauhofs und die Verteilung auf mehrere Stationen im Ort der Handlungsbedarf unstrittig ist, jedoch man sich über die Größenordnung bzw. Angemessenheit schon Gedanken machen muss und die Finanzierung schon eine große Herausforderung darstellt.</p> <p>Eine Gemeinderätin schlägt eine Kostenobergrenze vor und gibt zu überlegen, das auf der Westseite des Grundstückes geplante Gebäude gleich mit zu bauen.</p> <p>Die Marktbaumeisterin gibt zu bedenken, dass darüber noch diskutiert werden müsste, wenn das geplante Gebäude im Westen gleich mitgebaut werden soll.</p> <p>Der Planer teilt auf Nachfrage eines Gemeinderates mit, dass der Technikraum im 1. OG untergebracht wird, die Elektroplanung vollzogen ist, eine Wärmepumpe vorgesehen ist und nun Heizung, Lüftung, Sanitär geplant werden.</p> <p>Der Gemeinderat gibt auf, auch bei Heizung, Lüftung, Sanitär grundsätzlich nachhaltig und zukunftsorientiert zu planen.</p> <p>Der Erste Bürgermeister informiert auf Nachfrage eines Gemeinderates, dass es nicht geplant ist, den Kopfbau bzw. das Betriebsgebäude mit einer Klimaanlage auszustatten.</p> <p>Ein Gemeinderat gibt zu bedenken, dass Wärmepumpen träge Heizsysteme sind und energiesparend heizen, je länger sie am Stück laufen.</p> <p>Auf Nachfrage von eines Gemeinderates teilt die Marktbaumeisterin mit, dass ein Großteil der Fahrzeughalle nicht beheizt wird; in Teilbereichen jedoch eine Betonkernaktivierung projektiert ist, bei der Decken und Wände genutzt werden, um die Räume zu heizen bzw. zu kühlen.</p> <p>Ein Gemeinderat gibt zu überlegen, die Betonkernaktivierung grundsätzlich als Heizsystem vorzugeben, zumal sie optimale Voraussetzungen für den Einsatz der Wärmepumpe schafft.</p> <p>Ein Gemeinderat bringt auch die „Kaltbohrung“ ins Spiel, bei der überschüssige Wärmeenergie im tiefen Untergrund zwischengespeichert und im Winter bei Bedarf in Form von Heißwasser wieder gefördert wird.</p> <p>Der Gemeinderat stellt fest, dass es sich letztendlich um einen Funktionsbau handelt, der kosteneffizient zu planen ist.</p> <p>Der Gemeinderat hält es für sinnvoll, aufgrund der Stagnation der Preise für Bauleistungen bzw. einem für 2025 erwarteten Rückgang alles in einem zu bauen.</p> <p>Der Erste Bürgermeister gibt auf zu überlegen, die Fläche in der Kirchenstraße, auf dem der Bauhof aktuell untergebracht ist, zur Finanzierung des neuen Bauhofes an der Angerstraße zu verkaufen.</p> <p>Ein Gemeinderat hält es angesichts der Kostensteigerung von 3 auf 6 Mio. Euro für angebracht nochmals zu hinterfragen, was an Grundfläche wirklich benötigt wird.</p> <p>Der Erste Bürgermeister stellt klar heraus, dass mit der Umsetzung des neuen Bauhofes keine Sonderwünsche erfüllt werden. Er verweist auf die jetzige, absolut unzureichende Situation vor Ort.</p>

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u>1</u> Seite <u>5</u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
				<p>Der Planer erinnert an die in 2024 vorgestellte Planung, der mehrheitlich zugestimmt wurde. Die Änderung in der vorliegenden Planung: Verbreiterung der Waschhalle um einen halben Meter sowie der Einzug der Zwischendecke erfolgte auf Vorschlag der Bauhofmitarbeiter zur praktikableren Nutzung und in Abstimmung mit dem Bauamt, da die Zweckmäßigkeit überzeugt hat. Zudem wurde aus Gründen des Hochwasserschutzes die Höhenlage des Gebäudes angepasst.</p> <p>Der Erste Bürgermeister stellt den von einem Gemeinderat vermeintlich günstigeren Dachüberstand (Herausziehen der Leimbinder der Dachkonstruktion um 2,50 m) zur Abstimmung.</p> <p>Ein weiterer Gemeinderat bestätigt, dass das Herausziehen der Leimbinder um 2,50 bis sogar 3 m am Funktionsgebäude nicht nur günstiger ist, sondern seines Erachtens auch einen gewissen Mehrwert bringt.</p> <p>Ein Gemeinderat regt an, den Dachvorstand auf der Südseite des Betriebsgebäudes mindestens einen Meter zu planen.</p> <p>Ein Gemeinderat schlägt vor, die Zukunft des „alten Bauhofes“ im Frühjahr in einer Klauertagung zu besprechen.</p> <p>Ein Gemeinderat regt an, die Kalthalle mitauszuführen, um Zusatzkosten zu sparen.</p> <p><u>Herr Steinhauser</u> teilt mit, dass diese in der Genehmigungsplanung schon enthalten ist und vor der Ausführungsplanung noch besprochen werden müsste.</p> <p>Eine Gemeinderätin wünscht eine konkrete Kostenangabe für die Leistungsphasen 5, 6 und 7.</p>
		16	2	<p>Beschluss: Der Marktgemeinderat beschließt, für ein günstiges und optimales Vordach am Funktionsgebäude die Leimbinder der Dachkonstruktion um 2,50 m herauszuziehen</p> <p>Eine Gemeinderätin gibt zu überlegen, ob ein solch großer Dachüberstand mit einer integrierten Glaskonstruktion noch optimiert werden könnte.</p>
		17	1	<p>Beschluss: Der Marktgemeinderat stimmt der vorgelegten Planung mit Änderungen sowie der Kostenschätzung zu.</p> <p>Behandlung der Anträge aus der Bürgerversammlungen ➤ am 28.10.2024 in Türkheim</p> <p>Der Erste Bürgermeister begrüßt die Ordnungsamtsleiterin und erteilt ihr das Wort.</p> <p>Die Ordnungsamtsleiterin informiert über die Anträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> ❖ Maximilian-Philipp-Straße <ul style="list-style-type: none"> - Geschwindigkeitsbeschränkung auf 20 km/h - Durchfahrverbot für Lastkraftwagen ab 7,5 to <p>Die Ordnungsamtsleiterin informiert, dass eine Tempo-20-Zone laut Straßenverkehrsordnung für einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich möglich ist. Die Umsetzung kann auch ohne aufwendigen Straßenumbau erfolgen.</p> <p>Ihres Erachtens ist die Maximilian-Philipp-Straße mit viel Laufpublikum und Querungsbedarf geradezu prädestiniert für einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20.</p>

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u>1</u> Seite <u>6</u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
				<p>Die Rücksprache mit Landratsamt und Polizei hat ergeben, dass beide einer Tempo-20-Zone offen gegenüberstehen.</p> <p>Wortmeldungen aus den Reihen des Marktgemeinderates: Die Dritte Bürgermeisterin erinnert an das in der Januarsitzung 2023 vorgestellte Verkehrsgutachten, bei dem ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich mit Tempo 20 aufgrund des hohen Querungsbedarfs zur Diskussion vorgeschlagen wurde. Ihres Erachtens soll dem Antrag aus der Bürgerversammlung entsprochen werden, zumal damit auch ein gewisses Sicherheitspotenzial erreicht wird.</p> <p>Auf Nachfrage der Dritten Bürgermeisterin teilt die Ordnungsamtleiterin mit, dass trotz Einrichtung einer Tempo-20-Zone in der Maximilian-Philipp-Straße die Änderung der Rechts-vor-Links-Regelung aktuell nicht vorgesehen ist, damit der Verkehrsfluss beibehalten werden kann.</p> <p>Ein Gemeinderat hält nichts von der Tempo-20-Zone in der Maximilian-Philipp-Straße, nachdem sich ein Großteil der motorisierten Verkehrsteilnehmer nicht mal an Tempo 30 halten und diejenigen, die noch schneller fahren, sich dadurch auch nicht hindern lassen. Seines Erachtens wäre eine Geschwindigkeitsanzeige geeigneter, die Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit bewusst zu machen.</p> <p>Der Erste Bürgermeister sieht keinen großen Aufwand in der Umsetzung; es müssen lediglich zwei Schilder ausgewechselt werden. Der Erste Bürgermeister spricht sich für die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches mit Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße aus. Er gibt zu bedenken, dass in den letzten zwei Jahren und zuletzt mit der Öffnung der Eisdielen sehr viel Traffic passiert ist.</p> <p>Ein Gemeinderat hält es für sinnvoller, eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 vom Joseph-Bernhart-Gymnasium bis zum Ludwigstor auszuweiten sowie Fußgängerquerungen beim Ludwigstor und der Pfarrkirche umzusetzen.</p> <p>Der Erste Bürgermeister erinnert, dass es schon früher kommuniziert wurde, dass eine Verlängerung der streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 gewollt ist, aber aufgrund der Rechtslage bisher nicht umgesetzt werden konnte.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin teilt mit, dass die Straßenverkehrsordnung novelliert wurde und es durch die Reform den Kommunen leichter gemacht wird, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 30 anzuordnen, so zum Beispiel beim „Lückenschluss“ zwischen zwei schon vorhandenen Tempo-30-Strecken. Die Ordnungsamtleiterin rät, die Vollzugsschriften, die bis zum kommenden Frühjahr wohl eingegangen sein werden, abzuwarten. Sie geht stark davon aus, dass dann ein streckenbezogenes Tempo 30 -wie angestrebt- vom Gymnasium bis zum Ludwigstor umgesetzt werden kann. Der Marktgemeinderat könnte in heutiger Sitzung die Absicht beschließen, damit, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, der Lückenschluss umgesetzt werden kann.</p> <p>Eine Gemeinderätin spricht sich gegen die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h aus. Ihres Erachtens werden diejenigen, die bisher schon mit Tempo 60 durch den Ort rasen, diese Geschwindigkeit auch bei einer Beschränkung auf 20 km/h fahren. Sie stellt fest, dass die Geschwindigkeitsüberschreitung strafbar ist und die Kommune entsprechend dagegen vorgehen kann. Die Gemeinderätin gibt zu überlegen, Blitzer im Innerortsbereich zu installieren. Ihres Erachtens müsste, von Süden herkommend, schon allein das Ludwigstor zum langsam Fahren inspirieren. Von Norden, der Augsburgener Straße herkommend könnten Pflanzgefäße bzw. eine entsprechende Straßengestaltung optisch dazu beitragen, langsamer zu fahren; Fahrbahnschwellen u. ä. lehnt sie jedoch ab.</p>

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u> 1 </u> Seite <u> 7 </u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
				<p>Der Erste Bürgermeister informiert, dass gemeindlicherseits ein begrenztes Budget sowohl finanziell als auch zeitlich vorhanden ist, um Blitzer aufstellen zu können. Er teilt mit, dass zum Teil Geschwindigkeiten von 120 km/h in der Wörishofer Straße gemessen wurden, weshalb seines Erachtens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Wörishofer Straße ab dem Ludwigstor und weiter auf der Irsinger Straße sinnvoll wäre.</p> <p>Der Zweite Bürgermeister plädiert für die Einführung des verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches mit Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße.</p> <p>Der Zweite Bürgermeister stellt einen massiven Mehrverkehr in der Kirchenstraße und der Jakob-Sigle-Straße fest, der wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass LKW die Uferstraße meiden aufgrund der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Seines Wissens passieren täglich 5.000 Fahrzeuge mit den unterschiedlichsten Länderkennzeichen das Ludwigstor, wovon 80 % auf jeden Fall 40 km/h fahren. Zu schnell wird aber auch in der Kirchenstraße, der Jakob-Sigle-Straße, der Wörishofer und der Augsburger Straße gefahren. Seiner Meinung nach sollte deshalb in der Augsburger Straße und der Kirchenstraße eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angestrebt werden.</p> <p>Ein Gemeinderat geht davon aus, dass der Mehrverkehr in der Maximilian-Philipp-Straße bzw. die Verkehrsverlagerung dorthin der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h mit rechts vor links in der Hochstraße und der Uferstraße geschuldet ist. Seines Erachtens sollten insgesamt mehr Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.</p> <p>Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass die Gemeinde die Zeiten, die ihr zustehen, auch nutzt.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin wird nachfragen, ob mehr Zeiten möglich sind.</p> <p>Eine Gemeinderätin sieht die Einmündung der Augsburger Straße in die Kirchenstraße und anschließend in die Tempo-30-Zone kritisch. Sie erkundigt sich nach Möglichkeiten, dort die Verkehrssicherheit zu erhöhen.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin stellt fest, dass die Augsburger Straße die Kirchenstraße kreuzt und nachdem es sich bei der Kirchenstraße um eine Kreisstraße handelt, es schwierig ist, etwas zu ändern. Selbst eine Querungshilfe ist dort technisch nicht möglich.</p> <p>Die Marktbaumeisterin stellt fest, dass eine entsprechende Fahrbahnpflasterung möglich wäre, die allerdings Lärm verursacht.</p> <p>Eine Gemeinderätin gibt zu überlegen, ein Stoppschild an der Einmündung der Augsburger Straße in die Kreisstraße zu installieren.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin wird mit den Verantwortlichen vom Landratsamt bei einem Vor-Ort-Termin nochmals die Problematik aufzeigen.</p> <p>Eine Gemeinderätin verweist auf das Verkehrsgutachten aus dem Jahr 2022, welches zwei Maßnahmenvorschläge beinhaltet, die jedoch nur mit Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde umgesetzt werden können.</p> <p>Eine Gemeinderätin teilt mit, dass sie die Entscheidung für einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße mittragen wird, obwohl ihres Erachtens untertags, während dieser Zeit die Maximilian-Philipp-Straße sehr belebt ist, im Prinzip nicht schneller als 25 bis 30 km/h gefahren werden kann. Die Gemeinderätin regt an, nachts, wenn die Maximilian-Philipp-Straße nicht mehr so frequentiert ist, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.</p>

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u>1</u> Seite <u>8</u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
				<p>Ein Gemeinderat geht davon aus, dass sich auch bei einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h dahingehend nichts ändern wird, dass insgesamt zu schnell gefahren wird.</p> <p>Ein Gemeinderat spricht sich für den verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße aus, um dadurch die Fußgänger und Radfahrer noch mehr schützen zu können. Er stellt fest, dass bei Verringerung der Geschwindigkeit auf 20 km/h auch der Lärm entsprechend gemindert wird und die Aufenthaltsqualität verbessert wird.</p> <p>Ein Gemeinderat ist dafür, einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße einzuführen. Gleichzeitig soll ein Durchfahrverbot für LKW ab 7,5 to. eingeführt werden.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin teilt mit, dass sie die Voraussetzungen für ein Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr noch nicht abschließend geprüft hat. Sie wird sich aber diesbezüglich mit der Polizei besprechen und über das Ergebnis berichten.</p> <p>Eine Gemeinderätin stellt fest, dass man mit der Einführung von Tempo 20 in der Maximilian-Philipp-Straße die Verkehrsteilnehmer schützen will. Ihres Erachtens sollte man hierfür auch mittels einer Kampagne das Bewusstsein schaffen, dass Wert auf rück-sichtsvolles Verhalten gelegt wird. Sie geht davon aus, dass mit Verboten und Strafe anderweitig Aggressionen geschaffen werden.</p> <p>Die Dritte Bürgermeisterin ist dafür, dass ein LKW-Durchfahrverbot weiterverfolgt wird. In einer Klausur sollen auch weitere Gefahrenstellen im Ortsbereich ein Thema sein.</p> <p>Die Ordnungsamtleiterin rät -ebenso die Polizei- davon ab, in der Maximilian-Philipp-Straße mittels Fahrbahnschwellen eine Verkehrsberuhigung erreichen zu wollen. Sie stellen ihres Erachtens eine Verkehrsgefährdung dar und eine Beeinträchtigung des Winterdienstes.</p> <p>Beschlüsse: 12 6 Der Marktgemeinderat stimmt der Einführung des verkehrsberuhigten Geschäftsbe-reiches mit Tempo 20 km/h in der Maximilian-Philipp-Straße zu. 10 8 Der Marktgemeinderat beauftragt das Ordnungsamt, die Anordnung eines Durch-fahrverbots für Fahrzeuge mit mehr als 7,5 to. zulässigem Gesamtgewicht auf der Maxi-milian-Philipp-Straße zu prüfen. 0 18 Der Marktgemeinderat spricht sich dafür aus, zur Verkehrsberuhigung auf der Maxi-milian-Philipp-Straße Fahrbahnschwellen zu installieren.</p> <p>➤ Tempo 30 in der Alfred-Drexel-Straße ➤ Tempo 30 auf der gesamten Irsinger Straße Die Ordnungsmtleiterin sieht aufgrund des stark frequentierten Bahnhofs schon die Mög-lichkeit, in der Alfred-Drexel-Straße Tempo 30 einzuführen und hält dies persönlich auch für sinnvoll. Ihres Erachtens wäre auch eine Querungshilfe auf Höhe des Gasthauses „Blitzschwab“ sinnvoll.</p> <p>Beschlüsse: 18 0 Der Marktgemeinderat stimmt der Einführung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h auf der Alfred-Drexel-Straße zu. Ein Fußgängerweg auf Höhe des Gasthauses „Blitzschwab“ soll umgesetzt werden.</p>

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Niederschrift über die _____ öffentliche Sitzung Nr. <u> 1 </u> Seite <u> 9 </u> des Markt-Gemeinderates TÜRKHEIM am 16.01.2025
		den Beschluss		
		17	1	<p>Der Marktgemeinderat spricht sich vorbehaltlich der entsprechenden Vollzugsschriften dafür aus, auf der Irsinger Straße bis zur Einmündung in die Wörishofer Straße durchgängig bis zum Ludwigstor eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h umzusetzen.</p> <p>➤ am 30.10.2024 in Irsingen</p> <p><u>1.Bgm.Kähler</u> teilt mit, dass ein fehlender Geldautomat angesprochen wurde, die Gemeinde hierfür jedoch nicht zuständig ist.</p> <p>❖ Sportplatz regelmäßig mähen, damit dieser entsprechend seiner Bestimmung wieder genutzt werden kann. Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass der Sportplatz nur noch zweimal im Jahr gemäht wird.</p> <p>Ein Gemeinderat stellt fest, dass in den letzten zehn Jahren keine Anfrage gestellt wurde, den Sportplatz für sportliche Aktivitäten nutzen zu können.</p> <p>Ein Gemeinderat gibt zu überlegen, öfter zu mähen, um sehen zu können, ob der Platz dann genutzt wird.</p> <p>Der Erste Bürgermeister ist der Ansicht, dass zunächst konkrete Pläne vorgestellt werden sollten, wie der Platz genutzt werden will. Diesbezüglich könnte auch der SV Salamander gefragt werden, ob für den Verein eine Nutzung in Frage kommt.</p> <p>Sonstiges</p> <p>Der Zweite Bürgermeister hält den Sichtschutz, der mittlerweile am Zaun um die Wohncontainer an der Hochstraße angebracht wurde, für übertrieben.</p> <p>Eine Gemeinderätin weiß aufgrund ihrer Erfahrungen im Helferkreis, dass ein Sichtschutz vor allem den Bewohnern dient.</p> <p>Ein Gemeinderaterkundigt sich, ob die Innenräume der Wohncontainer besichtigt werden können, um sich ein Bild von der Wohnsituation machen zu können.</p> <p>Eine Gemeinderätin stellt fest, dass in den einzelnen Wohncontainern kein Sanitärraum eingebaut ist, sondern ein Sanitärcontainer zur gemeinsamen Nutzung separat aufgestellt ist.</p> <p>Ein Gemeinderat erinnert, dass darüber diskutiert wurde, den Weg zum Sanitärcontainer zu überdachen.</p>